

# **Vertrag<sup>1</sup>**

## **zur Instandhaltung von Lichtzeichenanlagen im Straßenverkehr im Zuständigkeitsbereich**

**(Instandhaltungsvertrag 2021)**

zwischen

der

nachfolgend „Auftraggeber“ (AG) genannt

und

nachfolgend „Auftragnehmer“ (AN) genannt.

### **Vertragsbestandteile**

- Beiblatt 1: Leistungsumfang Inspektion und Wartung
- Beiblatt 2: Wartungskosten (Abschnitt im Leistungsverzeichnis)
- Beiblatt 3: Anschriftenblatt

---

<sup>1</sup> bei Beauftragung im Rahmen eines Bauausführungsauftrags nach VOB/B handelt es sich nicht um einen eigenständigen Vertrag, sondern um die für den Leistungsteil "Instandhaltung" geltenden Konditionen, auch wenn der Begriff "Vertrag" verwendet wird.

## **Der Instandhaltungsvertrag umfasst die folgenden Bestandteile:**

### **A**

- Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/B)
  - Straßenverkehrsordnung (StVO)
    - Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur StVO (VwV-StVO)
    - Ergänzende Verkehrsblattverlautbarungen des BMVI
    - Besondere Erlasse der zuständigen Verkehrsbehörden
    - Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (StMI) über verkehrsrechtliche Vorschriften
  - Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB) zum Bau und Betrieb von Lichtzeichenanlagen
  - Einschlägige elektrotechnischen Vorschriften (DIN), insbesondere die DIN EN 50556, bzw. DIN VDE 0832
  - Einschlägige Richtlinien der FGSV, insbesondere die Richtlinien für Lichtsignalanlagen (RiLSA)
  - Technische Anschlussbedingungen der örtlichen Energieversorgungsunternehmen
  - Technische Anschlussbedingungen der örtlichen Fernmeldenetsbetreiber
  - Kundenvorschrift über Lichtzeichenanlagen im Straßenverkehr im jeweils zuständigen Staatlichen Bauamt (sofern vorhanden)
- in ihrer jeweils zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung

### **B Besondere Vertragsbedingungen**

#### **1. Haftung**

1.1 Der AN hat eine Betriebshaftpflichtversicherung nachzuweisen, deren Haftungssummen betragen:

- Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens 1.500.000,- Euro
  - Personenschäden unbeschränkt
- Bis zur Vorlage der Versicherungsunterlagen kann der AG Zahlungen verweigern.

1.2 Im Übrigen gelten die Regelungen zur Haftung nach der VOB/B.

#### **2. Bagatellgrenze**

2.1 Das Liefern und Auswechseln von Verschleißteilen und von beschädigten Teilen im Rahmen der Wartung bis zu einem Wert von 50,- Euro (netto)/ Stück (z. B. Streu- und Symbolscheiben, Antiphantomlichteinsätze, Pfeilblenden, Lampenfassungen, Dichtungsringe) erfolgt ohne gesonderte Vergütung. Eine Vergütung erfolgt nur, wenn durch den AN eine Fremdeinwirkung nachgewiesen wird. LED-Einsätze sind von dieser Regelung ausgenommen.

2.2 Die Erneuerung unbrauchbar gewordener Anlagenteile (z.B. elektronische Baugruppen, Relaisätze und elektromechanische Funktionseinheiten) außerhalb der Gewährleistungsfrist erfolgt, sofern Verschleiß vorliegt, gegen Verrechnung der Materialkosten bei Stückpreisen über 50,- Euro (netto). Bei Verwendung von nicht originalen Bauteilen ist die Anlagenkompatibilität in Textform nachzuweisen.

### 3. Stundenlohnarbeiten / Ersatzteile

3.1 Der AN hat dem AG vor Abschluss des Instandhaltungsvertrags eine aktuell gültige Preisliste für Material-/ Ersatzteile sowie für Stundenlohnverrechnungssätze abzugeben. Diese sind jeweils für mindestens ein Kalenderjahr gültig (01.01. - 31.12.) und bei Preisänderungen spätestens 6 Wochen vor Beginn des neuen Kalenderjahres erneut einzureichen.

3.2 Kostenpflichtige Leistungen sind solche Leistungen, die nicht durch die Wartungspauschale abgegolten sind. Hierzu zählen:

- Schäden oder Störungen, die durch äußere oder höhere Gewalt, durch nicht bestimmungsgemäße Verwendung, durch unsachgemäßen Gebrauch, durch Fehlbedienungen oder durch vom AG vorgenommene Veränderungen an Hard- und Softwarefunktionen verursacht wurden.
- Irrtümliche Störungs- oder Schadensmeldungen, die nicht durch den AN zu vertreten sind.
- Austausch von LED-Einsätzen außerhalb der Nutzlebensdauer von 10 Jahren.

3.3 Fallen kostenpflichtige Leistungen an, ist dem AG innerhalb von 48 Stunden nach Schadensmeldung ein Angebot mit einer detaillierten Kostenaufstellung vorzulegen. Fahrtkosten sowie Ortstermine zur Schadensfeststellung ohne Instandsetzungstätigkeiten werden nicht gesondert vergütet.

### 4. Kosten

4.1 Die Wartungspauschalen richten sich nach den Angaben im Preisermittlungsblatt zuzüglich der zum Zeitpunkt der Zahlung jeweils gültigen Umsatzsteuer.

Mit den jeweils vereinbarten Pauschalen sind alle Leistungen entsprechend des Instandhaltungsvertrags abgegolten, sofern dies im Einzelfall nicht anders festgelegt ist. Davon ausgenommen sind die kostenpflichtigen Leistungen.

4.2 Die Wartungspauschalen werden ab dem Tag des Instandhaltungsbeginns vergütet. Bei vorzeitigem Vertragsende oder bei der Übernahme der LZA durch den AG erfolgt die Zahlung für den Monat anteilig nach Betriebstagen mit 1/30 der monatlichen Wartungskosten.

4.3 Die Wartungskosten (ausgenommen Kosten für kostenpflichtige Leistungen) werden in Teilbeträgen halbjährlich nach Vorlage der Rechnungen und der zugehörigen Wartungsberichte vergütet. Sie werden, soweit im Einzelfall nicht anders vereinbart, jeweils zum 1. April für das 1. Halbjahr und zum 1. Oktober für das 2. Halbjahr fällig.

4.4 Die Höhe der Wartungskosten ist in Beiblatt 2 zum Vertrag festgelegt. Diese Wartungskosten beruhen auf den bei Einbringung des jeweiligen Beiblattes geltenden Löhnen. Die Lohnkosten beinhalten alle aufgrund tariflicher und gesetzlicher Regelung gültigen Lohnkosten. Ändert sich das ERA-Eckentgelt um mehr als 5%, so sind die Vertragspartner berechtigt, eine Angleichung der Wartungskosten gemäß nachstehender Formel vorzunehmen.

$$Kn = K * (0,85 * \frac{Ln}{L} + 0,15)$$

Dabei bedeuten:

- K = Wartungskosten zum Zeitpunkt der Aufnahme des Beiblattes in den Vertrag
- Kn = neue Wartungskosten
- 0,85 = Lohnkostenanteil
- 0,15 = Allgemeinkostenanteil
- L = Eckentgelt zum Zeitpunkt der Aufnahme des Beiblattes in den Vertrag
- Ln = neues Eckentgelt

Unter Eckentgelt ist das im Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie, Tarifgebiet Bayern (in der jeweils gültigen Fassung) definierte ERA-Eckentgelt der Gruppe EG 5B zu verstehen. Eine Erhöhung des ERA-Eckentgelts bezieht sich auf das jeweils aktuelle Vertragsjahr, Grundlage der Neuberechnung dagegen ist die letzte Änderung.

- 4.5 Für die Rechnungsstellung sind folgende Punkte gesondert zu berücksichtigen:
- Bis zur Einführung der E-Rechnungsverordnung RechV erfolgt die Rechnungsstellung grundsätzlich auf Papier. Zusätzlich ist die Rechnung in Abstimmung mit dem AG auch digital per E-Mail einzureichen.
  - Mit der Einführung der RechV erfolgt die Rechnungstellung nur noch auf elektronischen Wege.
  - Neben dem Rechnungsempfänger sind auf jeder Rechnung zur eindeutigen Identifikation der Lichtzeichenanlage (LZA) zwingend folgende Informationen aufzunehmen:
    - Rechnung für die Anlage mit der LZA-ID 0xxxxxxxxxxxxx (14-stellig).
    - AG-spezifische LZA-Kennung.

4.6 Aufwendungen des AN für die Erfüllung seiner Gewährleistungsverpflichtungen werden nicht gesondert vergütet.

## **5. Gewährleistung und Mängelansprüche**

5.1 Die Gewährleistung auch für Neu-/ Austausch-/ Ersatzteile richten sich nach den Regelungen der VOB/B.

5.2 Mängelansprüche richten sich nach den Regelungen der VOB/B.

## **6. Pflichten des Auftragnehmers**

6.1 Der AN verpflichtet sich, zu Erfüllung seiner Vertragspflichten nur Fachkräfte gemäß VDE 0832-110 einzusetzen. Der AN hat schriftlich den Nachweis der Qualifikation der eingesetzten Mitarbeiter auf Verlangen des AG vorzulegen“

6.2 Neben den Normen, die in der VOB/C erfasst sind, sind auch alle übrigen relevanten Normen des Deutschen Instituts für Normung e.V. (DIN) bzw. die in Deutschland eingeführten europäischen Normen DIN EN in ihren jeweils aktuellen Fassungen einzuhalten. Normentwürfe und Vornormen sind davon ausgenommen.

6.3 Auf Verlangen des AG hat der AN eine vertiefende technische Einweisung des AG im Rahmen der Instandhaltung bzw. Entstöraktionen nach Abstimmung vorzunehmen.

6.4 Der AN hat in seinen Räumlichkeiten ein Störungsbuch vorzuhalten und zu führen. Hier sind unter Angabe von Ort, Zeit und eintragender Person mit persönlicher Unterschrift alle Störungen detailliert zu dokumentieren. Das Störungsbuch ist 10 Jahre aufzubewahren.

## **7. Pflichten des Auftraggebers**

7.1 Der AG gestattet den mit Betriebsausweisen des AN versehenen Arbeitskräften den nötigen Zutritt zu den unter den Instandhaltungsvertrag fallenden Einrichtungen, soweit dies aufgrund der Verpflichtungen des AN erforderlich ist. Zugang können außerdem die Polizeivollzugsdienste zum Bedienteil (LZA) und das zuständige Energieversorgungsunternehmen zum Netzanschlussteil haben.

7.2 Der AG gibt dem AN die notwendigen Auskünfte über die Einrichtungen, ihre Betriebsweise und Betriebsbedingungen sowie geplante Änderungen.

7.3 Solange der AN seine Verpflichtungen vertragsgemäß erfüllt, lässt der AG keine Arbeiten oder Eingriffe von dritter Seite an der LZA vornehmen.

7.4 Der AG bewahrt das volle Wartungsbuch aus dem Steuergerät 10 Jahre auf.

## **8. Vertragsdauer und Kündigung**

8.1 Ein Vertrag wird wirksam:

- Bei neuen LZA am Tage der Inbetriebnahme.
- Bei bestehenden LZA ab dem im Kostenblatt für Wartung genannten Datum.

8.2 Der Vertrag gilt zunächst für eine Dauer von fünf Jahren ab dem Tag der Vereinbarung. Er verlängert sich anschließend jeweils um ein Jahr, wenn er nicht von einem der Vertragspartner mindestens drei Monate vor Ablauf des Jahres schriftlich gekündigt wird. Unabhängig davon kann er in beidseitigem Einvernehmen jederzeit aufgehoben werden.

8.3 Der Vertrag endet auch während der Mindestvertragslaufzeit in jedem Fall vorzeitig zum gekündigten Zeitpunkt,

- in dem eine LZA dauernd außer Betrieb gesetzt wird, oder
- wenn im Rahmen einer wesentlichen Änderung (z.B. Umbau/ Erweiterung der LZA) für diese Änderungsarbeiten eine Ausschreibung erfolgt, oder
- wenn der AG die LZA in Eigenwartung übernehmen will, oder
- wenn die Zuständigkeit des vertragsschließenden Bauamtes endet.

Dies muss der AG dem AN mindestens 3 Monate vorher schriftlich anzeigen. Der AN erhält die Wartungskostenpauschale letztmalig für den laufenden Monat, in dem der Vertragsgrund entfällt.

8.4 Wird eine LZA für mehr als drei Kalendermonate vorübergehend stillgelegt, so ruhen während der Stilllegung die Pflichten beider Vertragspartner; der AN erhält die Wartungskostenpauschale letztmalig für den laufenden Monat, in dem die LZA vorübergehend stillgelegt wird. Die Stilllegung ist dem AN mindestens einen Monat zuvor schriftlich anzukündigen.

8.5 Endet die Zuständigkeit des vertragsschließenden Bauamtes, kann der zukünftige Baulastträger den bestehenden Vertrag übernehmen, wenn er dies gegenüber dem AN schriftlich erklärt.

8.6 Der AG kann die Änderung des Einrichtungsumfanges der LZA in Beiblatt 2, auf den sich die Wartung erstreckt, durch ein neues Beiblatt 2 mit Wirkung vom folgenden Monatsersten verlangen.

Bei Änderungen oder Ergänzungen des Einrichtungsumfanges der LZA reicht der AN dem AG einen Nachweis über die ausgeführten Änderungen sowie ein neues Kostenblatt für

Inspektion und Wartung (Beiblatt 2) ein. Grundlage für die Anpassung der Wartungskosten ist die ursprüngliche Angebotskalkulation. Nach schriftlicher Zustimmung des AG werden die geänderten Unterlagen Vertragsbestandteil.

8.7 Jede Kündigung bedarf der Schriftform.

## **9. Sonstiges**

9.1 Bei Widersprüchen im Instandhaltungsvertrag gelten nacheinander:

- die Leistungsbeschreibung,
- die Besonderen Vertragsbedingungen Lichtsignalanlagen,
- etwaige Zusätzliche Vertragsbedingungen,
- etwaige Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen,
- die VOB/B
- die einschlägigen Vorschriften und Richtlinien,

9.2 Die Vertragspartner verpflichten sich im Interesse der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs zu vertrauensvoller Zusammenarbeit. Bei Meinungsverschiedenheiten soll der AN zunächst die vorgesetzte Behörde anrufen.

9.3 Änderungen und Ergänzungen des Vertrags bedürfen der Schriftform.

9.4 Jeder Vertragspartner erhält eine Ausfertigung des Vertrags und der Beiblätter.

## C Leistungsbeschreibung

### 1. Vorbemerkungen

Instandhaltung ist die Kombination aller technischen und administrativen Maßnahmen sowie Maßnahmen des Managements zur Erhaltung des funktionsfähigen Zustands der Lichtzeichenanlage (LZA) oder der Rückführung in diesen. Die Instandhaltung umfasst:

- Inspektion (Beurteilung des Ist-Zustands) und
- Wartung (Bewahrung des Soll-Zustands),
- Instandsetzung (Wiederherstellen des Soll-Zustands).

(1) Die Instandhaltung fällt zeit- sowie zustandsabhängig an. Sie umfasst die technische Betreuung der LZA während der Vertragslaufzeit und beinhaltet alle erforderlichen Dienst- und Lieferleistungen. Sie muss die durchgängige Betriebsfähigkeit und Betriebssicherheit gewährleisten.

(2) Die auszuführenden Leistungen sind im abzuschließenden Instandhaltungsvertrag aufgeführt und beschrieben. Zur Instandhaltung zählen neben den Arbeiten an der Anlage vor Ort auch Arbeiten, die über Fernzugriffe ausgeführt werden können.

(3) Instandhaltungsarbeiten sind so auszuführen, dass die Sicherheit des Verkehrs nicht und die Leichtigkeit möglichst wenig beeinträchtigt werden. Wartungsarbeiten sind möglichst außerhalb der Stoßzeiten des Verkehrs auszuführen. Ihr genauer Zeitpunkt ist mit dem AG abzustimmen.

### 2. Auszuführende Leistungen

#### 2.1 Grundsätzliches

(1) Wartungsumfang und -turnus finden sich in Beiblatt 1 des Vertrags. Die für die Wartung benötigten Hilfsmittel (z.B. Putzmaterialien, destilliertes Wasser, Säuren, Fette, Öle) sind zu liefern, Werkzeuge inklusive Leitern und Fahrzeuge sind vorzuhalten. Bei Verwendung von Anlagenteilen (z.B. unbrauchbar gewordene Teile), die nicht vom Anlagenhersteller bezogen werden, ist die Kompatibilität sicherzustellen.

(2) Der Umfang der jeweils in den vorgeschriebenen zeitlichen Abständen ausgeführten Leistungen ist in einem Wartungsbericht schriftlich (in Textform) zu dokumentieren. Dieser ist dem AG spätestens 1 Woche nach der Durchführung unaufgefordert digital per E-Mail mit fortgeschriebener Dokumentation der LZA zu übergeben.

(3) Der AN ist verpflichtet, dem AG alle Mängel und Schäden an der LZA, die bei den Wartungsarbeiten bekannt werden, deren Beseitigung jedoch nicht unter seine Leistungspflicht gemäß Beiblatt 1 des Vertrags fällt, unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

(4) Das Ergebnis der Sichtprüfung des Oberflächenschutzes von LZA (z.B. bei Signalgebern, Masten, Steuerschränken) ist dem AG im Schadensfall mitzuteilen. Das Erhalten des Oberflächenschutzes ist nicht Bestandteil der Wartung.

(5) Der AN sorgt eigenverantwortlich für die Sicherung des eingesetzten Personals und der Arbeitsstellen gemäß StVO und den Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen.

Bei Arbeiten in Gleisbereichen sowie im Bereich von Hochspannungsleitungen hat der AN die Zustimmung des Betreibers einzuholen und die Arbeiten entsprechend abzustimmen. Erforderliche Sicherungsposten (SIPO) stellt der AN.

Der AN hat die Weisungen der Polizei, der Straßenverkehrsbehörde und der Straßenbauverwaltung zu beachten.

Jede Abschaltung einer LZA zum Zwecke der Instandhaltung bedarf der Zustimmung des AG.

(6) Vor der Wiederinbetriebnahme einer LZA, sofern sie mehr als drei Monate außer Betrieb war, ist eine Funktionsprüfung sowie die fällige oder angeordnete Wartung durchzuführen. Notwendige Reparaturen sind festzustellen, dem AG mitzuteilen und nach Auftragserteilung auszuführen. Die Wiederinbetriebnahme muss bei dem AG angemeldet werden.

(7) Abfall und zu entsorgende Bauteile sind vom AN entsprechend den jeweils aktuell gültigen Gesetzen fach- und umweltgerecht zu entsorgen. Die Entsorgung wird nicht gesondert vergütet.

## **2.2 Inspektion und Wartung**

(1) Der AN übernimmt die Wartung der LZA bis Netzanschluss und Fernmelde-Verteilerleiste. Bei LZA mit Zentralenanschluss umfasst die Inspektion und Wartung auch die Funktionskontrolle von Router / Modem für die Datenfernübertragung.

(2) Von den Wartungsarbeiten ausgenommen sind Tragwerke, welche einer Überprüfung nach DIN 1076 unterliegen, sowie statische oder dynamische Mastprüfungen.

(3) Die durchzuführenden Arbeiten für Inspektion und Wartung sind in Beiblatt 1 des Vertrags zusammengestellt.

Sie können durch den AN kurzfristig disponiert werden. Der AN hat den AG vor Aufnahme der Arbeiten fernmündlich zu informieren und sich die Arbeiten genehmigen zu lassen. Ist im Rahmen der Instandhaltung der Eingriff in das Verkehrsgeschehen erforderlich, ist im Vorfeld eine verkehrsrechtliche Anordnung gem. §45 Abs. 1 StVO bei der zuständigen Verkehrsbehörde zu beantragen.

(4) Erweist sich der im Vertrag nach Beiblatt 1 vorgegebene Wartungsturnus im Einzelfall als unzureichend, so hat der AN die Wartungsarbeiten im nötigen Zeitabstand zur Gewährleistung eines funktions- und betriebssicheren Zustands ohne Anspruch auf Mehrvergütung durchzuführen, es sei denn, der AN weist nach, dass nach Angebotsabgabe eingetretene unvorhersehbare Umstände einen kürzeren Wartungsturnus erfordern.

(5) Erkennt oder vermutet der AN Mängel oder Schäden, welche die funktionelle Betriebsbereitschaft oder Sicherheit einer LZA gefährden können, so hat er sofort den AG zu benachrichtigen.

Zur Abwendung von unmittelbaren Gefahren braucht der AN die Zustimmung des AG nicht einzuholen, jedoch muss der AG sofort informiert werden.

(6) In jedem Steuergerät ist vom AN ein Wartungsbuch vorzuhalten und zu führen. Hier sind unter Angabe von Ort und Zeit alle Kontrollen, Überprüfungen und Eingriffe zu dokumentieren.

Bei Abbau einer LZA ist das Wartungsbuch dem AG zu übergeben, ebenso, wenn es voll ist. Im letzten Fall hat der AN ein neues Wartungsbuch im Steuergerät zu hinterlegen.

Leistungen, die mittels Teleservice erbracht werden, sind vom AN nachvollziehbar zu dokumentieren und vor Ort (im Wartungsbuch, den Verkehrstechnischen Unterlagen oder der Gerätedokumentation) nachzutragen. Die Datensicherheit ist dabei zu gewährleisten.



(7) Das Auswechseln defekter Glühlampen außerhalb der in Beiblatt 1 des Vertrags genannten Zeitintervalle wird nicht gesondert vergütet.

Das Auswechseln defekter LED-Einsätze (Leistung und Material) innerhalb deren ersten 10 Jahre Nutzungsdauer wird nicht gesondert vergütet, alle Kosten trägt der AN.

Das Auswechseln defekter LED-Einsätze nach deren 10 Jahre Nutzungsdauer fällt unter Instandsetzung. Mit dem LED-Austausch beginnt erneut die 10-Jahres-Frist.

(8) Inspektion und Wartung sind, sofern nicht anders vereinbart, werktags innerhalb der üblichen Servicezeiten des AN vorzunehmen.

## **2.3 Instandsetzung**

(1) Instandsetzung wird bei höherer Gewalt (z.B. Orkans Schäden, Blitzschlag), äußerer Gewalt (z.B. Unfallschäden, Vandalismus) oder dem Ende der technischen Lebensdauer eines Bauteils außerhalb der Wartung erforderlich. Bei der Instandsetzung handelt es sich um kostenpflichtige Leistungen. Sie werden nach den entsprechenden Preislisten für Material/ Ersatzteile und Stundenlohnverrechnungssätzen abgerechnet.

(2) Die Instandsetzung umfasst:

- Das Beseitigen von Störungen, die trotz ordnungsgemäßen Betrieb einer LZA aufgetreten sind. Der Austausch defekter Leuchtmittel nach Abschnitt 2.2, Absatz (7) ist davon ausgeschlossen.
- Die Beseitigung von Schäden, die durch höhere Gewalt entstanden sind.
- Die Beseitigung von Schäden, die durch äußere Gewalt entstanden sind.
- Die elektrische und signaltechnische Absicherung von Gefahrenstellen, ggf. mittels Provisorien.
- Das Entfernen von beschädigten Anlagenteilen, insoweit die betroffenen Teile erkennbar zur Gefährdung Dritter führen können.

(3) Der AG meldet der vom AN benannten Stelle, unter Angabe von Ort und Uhrzeit, Störungen und Schäden an einer LZA.

Der AN benennt eine Stelle als Ansprechpartner zur Meldung von Störungen und Schäden. Diese Stelle muss ganzjährig täglich 24 Stunden erreichbar sein. Ein fernmündlicher Rückruf durch qualifiziertes Fachpersonal innerhalb von 15 Minuten ist zu gewährleisten, sofern keine andere Frist vereinbart wurde.

(4) Der AN erstellt einen Störungsbericht. Er enthält alle durchgeführten Maßnahmen sowie reparierte oder ausgetauschte Komponenten mit Beschreibung des Fehlerbildes, unabhängig einer Kostenpflichtigkeit.

(5) Der AN gewährleistet, dass die Arbeiten zur Instandsetzung binnen 3 Stunden nach Benachrichtigung vor Ort beginnen, wenn vom AG keine längere Frist festgelegt wird.

(6) Den Beginn der Arbeiten sowie die notwendig werdenden Betriebsunterbrechungen teilt der AN unverzüglich, spätestens unmittelbar vor Beginn der Arbeiten, dem AG schriftlich oder telefonisch mit.

Nach Beendigung der Arbeiten hat der AN den AG über die ausgeführten Arbeiten telefonisch zu informieren, spätestens zu Beginn des nächsten Werktages vor 09:00 Uhr.

(7) Ist Gefahr in Verzug und eine Instandsetzung durch den AN sofort möglich, hat diese unverzüglich auch ohne Einverständnis des AG zu erfolgen.

(8) Der AN hält für die Laufzeit des Vertrags sämtliche Ersatzteile (Hard- und Software)

für die LZA vor, so dass eine unverzügliche Instandsetzung/ Störungsbeseitigung gewährleistet ist.

## D Vertrag

### 1. Leistungsumfang Inspektion und Wartung (Arbeitskarte)

siehe Beiblatt 1

### 2. Kosten für Inspektion und Wartung

Beiblatt 2 (siehe Abschnitt Wartungskosten im Leistungsverzeichnis des Angebots)

### 3. Anschriftenblatt

siehe Beiblatt 3

Vertragsbestandteile, die nicht öffentlich zugänglich sind, werden dem AN übersandt. Änderungen in den unter (A) genannten Vorschriften hat der AN ab dem Monat zu beachten, nachdem ihm die Änderung durch den AG bekannt gemacht wurde. In diesem Fall steht dem AN ein Anspruch auf Anpassung der Vergütung ab Wirksamkeit der Änderung gem. § 2 Abs. 5 bzw. 6 VOB/B zu.

Der Gerichtsstand richtet sich nach § 18 VOB/B.

Für den Auftraggeber (AG)<sup>2</sup>:

Für den Auftragnehmer (AN)<sup>2</sup>:

Ort:

Ort:

Datum:

Datum:

(Unterschrift)

(Unterschrift)

---

<sup>2</sup> Unterschriften und Stempel entbehrlich bei Beauftragung im Rahmen eines Bauausführungsauftrags nach VOB/B einschließlich Instandhaltung.